

Die FDP bringt sich mit der "Initiative Volksdorf40+" in Verbindung und geriert sich als Vermittler!

Seit Februar 2021 formiert sich die "Initiative Volksdorf40+", um den Strukturerhalt und das Bauen mit Maß und Mitte einzufordern. Neben der Freischaltung einer entsprechenden website, der Verteilung öffentlichkeitswirksamer Flugblätter und der Veröffentlichung Reichweiten-starker Zeitungsartikel hat sich die Initiative auch in einzelnen Planungs- und Bauprüfausschüssen der Wandsbeker/Walddorfer Lokalpolitik zu Wort gemeldet – kurz gesagt: das Anliegen wird von den politischen Bürgervertretern wahrgenommen.

Im "Rundblick Rahlstedt" vom 29./30. Juli 2021 findet sich auf Seite 4 ein kleiner Artikel, in dem die FDP als Vermittler in einer festgefahrenen Situation dargestellt wird – über einen Vorschlag, der ein Kompromiss sein soll zwischen dem Handeln der entscheidenden Behörden und der „Initiative Volksdorf 40+“. Wenn man die näheren Hintergründe nicht kennt, klingt der Beitrag und der hier dargestellte konkrete Textvorschlag für die Bebauungsplanänderung zunächst als konstruktiver guter Kompromiss: „Ein Einzelhaus besteht aus maximal zwei Gebäuden“.

Allerdings: Das, was in der Berichterstattung des Rundblick Rahlstedt als Kompromissvorschlag dargestellt wird, ist im Ergebnis nichts anderes als eine Festschreibung des Bauvorhabens, weshalb sich die Initiative überhaupt erst formiert hat. Wenn man also weiß, dass weder der Begriff „Einzelhaus“ noch der Begriff „Gebäude“ die tatsächlichen [Wohneinheiten festschreiben](#), erkennt man sofort, dass dies den B-Plan sogar aufweicht, statt ihn zu konkretisieren!

Richtig wäre: „Ein Einfamilienhaus darf aus nicht mehr als zwei Wohneinheiten bestehen.“ Von einem solchen Vorstoß fühlen sich die Mitglieder der Initiative damit von der Politik eher ausgenutzt als verstanden.

Bereits im Mai hatten wir dies Herrn Christoph Schmidt von der FDP erläutert und gleichzeitig klargestellt, dass dieser Vorschlag keinesfalls unsere Unterstützung hat – ganz im Gegenteil, er untergräbt unser Ziel und negiert den aktuellen Rechtsstand (B-Plan).

Darüber hinaus haben wir uns ausdrücklich verbeten, mit diesem Textvorschlag in Zusammenhang gebracht zu werden bzw. unseren Namen für diesen Vorschlag zu nutzen. Dies ist nicht eingehalten worden.

Zu hoffen ist, dass die FDP weiß, dass ihr Textvorschlag in die falsche Richtung geht. Der Umstand, dass sie einen Antrag der CDU zur Verbesserung der Bausituation in der Planungsausschusssitzung am 13.04.21 in der Abstimmung zugestimmt hat, lässt keine wirklich bessere Schlussfolgerung zu. Die „Gefahr“, dass der Antrag angenommen würde, war durch die bestehenden Mehrheitsverhältnisse sehr gering.